

Verband Deutscher Studentenschaften · 53 Bonn · Postfach

5300 Bonn
Postfach
Kaiserstraße 71
Telefon (02221) 63 16 26 - 28
Cable Studverband Bonn

An alle
Asten

Ihre Nachricht vom

Ihr Zeichen

Unser Zeichen
ki/hm

Datum

20. August 1973

Betr.: Verstärkter Widerstand gegen neue Fälle von Berufsverböten
Vorbereitung von Aktionen am 20.9.1973

WEG MIT DEN BERUFIVERBÖTEN

RUNDBRIEF NR. 38

Liebe Freunde und Genossen,

nach den breiten und machtvollen Aktionen des Sommersemesters, der Demonstration der Initiative "Freiheit im Beruf - Demokratie im Betrieb" in Dortmund und der Hamburger Konferenz gegen die Berufsverbote, hat sich die Auseinandersetzung um den Ministerpräsidenten-Beschluß weiter verschärft.

In den Auseinandersetzungen um den Fall Götz in Düsseldorf tritt die juristische Argumentation von Seiten der Befürworter des Berufsverbots zugunsten einer eindeutig politisch offensiven Argumentation zurück: "Es sei eine politische Frage" - so Innenminister Genscher - "ob der Staat die Beschäftigung kommunistischer Richter akzeptiert oder ob er bereit ist, dies mit allen Mitteln zu verhandeln."

Am 20.9.1973 treffen sich die Ministerpräsidenten der Bundesländer unter dem Vorsitz von Bundeskanzler Brandt zu einer weiteren Konferenz zusammen, auf der über die "Präzisierung" und "Vereinheitlichung" des Ministerpräsidentenbeschlusses diskutiert werden soll.

Seit den Aktionen des Sommersemesters und dem SPD-Parteitag hat es neue Fälle von Berufsverböten in allen Bundesländern gegeben (vgl. Anlage). Der VDS ruft alle Asten auf: Solidarisieret Euch mit den vom Berufsverbot Betroffenen! Arbeitet in den Berufsverbots-Komitees und Bürgerinitiativen mit!

I. Zum gegenwärtigen Stand der Auseinandersetzungen um die Berufsverbote

Die machtvolle Demonstration von 20.000 Gegnern des Berufsverbotes am 14.4.1973 in Dortmund unter der Parole: "Freiheit im Beruf-Demokratie im Betrieb" stellt eine neue Qualität des demokratischen Massenkampfes für die vollständige Aufhebung der Ministerpräsidenten-Beschlüsse dar.

Dies vor allem aufgrund der Tatsache, daß es gelang, zwei zunächst unabhängige, vielleicht auch von einander isolierte, Solidaritätsbewegungen zusammenzufassen. Die Verbindung des Kampfes gegen die Berufsverbote für Demokraten und Sozialisten im öffentlichen Dienst mit der Solidaritätsbewegung gegen die Entlassung und Disziplinierung aktiver Gewerkschafter. Diese Verbindung war Ausdruck einer höheren politischen Qualität; mehr und mehr verstärkte sich die Einsicht, daß ein Berufsverbot für einen demokratischen Lehrer dem Interesse der Werktätigen und dem ihrer Kinder an einer fachlich und politisch qualifizierenden Ausbildung widerspricht; andererseits beweist die Einheitlichkeit der Bewegung die politische Reife des ursprünglich vor allem an den entstandenen Kampfes, wenn erkannt und vermittelt werden konnte, daß die Mittel der politischen Disziplinierung nicht in erster Linie gegen linke Vertreter der Intelligenz eingesetzt werden, sondern im Kern vor allem gegen das sich entwickelnde politische Bewußtsein der arbeitenden Bevölkerung zielen.

Gerade das sich entwickelnde Bewußtsein der arbeitenden Bevölkerung, die Bereitschaft, die eigenen Interessen konsequent zu vertreten und die Forderung nach Mitbestimmung in allen gesellschaftlichen Bereichen ist, was von den Herrschenden erbittert bekämpft wird.

Denn Bereitschaft zur Solidarität mit vom Berufsverbot betroffenen Demokraten und Sozialisten im öffentlichen Dienst ist ein Zeichen von Einsicht in die zunehmende Bedeutung von Wissenschaft und Ausbildung und die Notwendigkeit der Durchsetzung demokratischer Kontrolle in diesem Bereiche in den kommenden gesellschaftlichen Auseinandersetzungen. Die Aktionen des Sommers haben bewiesen: dort, wo es gelang, den Kampf für die Wiedereinstellung eines entlassenen aktiven Gewerkschafters und die Forderung nach Aufhebung des Berufsverbots für einen demokratischen Lehrer eine einheitliche Stoßrichtung zu geben, konnten diese Bewegungen aus der akademischen Isolierung befreit werden und politische Erfolge errungen werden. Wo Studenten Solidarität mit dem Kampf der Arbeiter um höhere Löhne und politische Rechte zeigten, konnte der Spaltungspolitik der Herrschenden erfolgreich entgegengetreten und die Kluft zwischen Studenten und Arbeitern abgebaut werden.

Die Gründung der Initiative "Weg mit den Berufsverboten" als unmittelbares Ergebnis der Hamburger Konferenz gegen die Berufsverbote am 12.5.1973 war der politische und organisatorische Ausdruck der weitgehenden Vereinheitlichung und höheren politischen Qualität des Kampfes. Zugleich war sie die Initialzündung für die Gründung neuer und die Intensivierung der bestehenden Bürgerinitiativen und Komitees, deren Zahl vom Arbeitsausschuß der Initiative zur Zeit mit fast 30 angegeben wird.

Den rechten Kräften in der BRD war es ein Dorn im Auge, daß auf dieser Konferenz Kommunisten, Sozialdemokraten, Liberale und Christen gemeinsam den weiteren Kampf für die Aufhebung der Ministerpräsidentenbeschlüsse

berieten. Nachdem der Versuch scheiterte, diese Konferenz in den Geruch des Verschwörerischen zu bringen (vgl. "Welt" vom 4.5.73) stürzten sie sich gierig auf die auf diesem Kongreß teilweise sichtbaren unterschiedlichen politischen Auffassungen, die bei der politischen Breite durchaus nichts besonderes waren.

"Präzisierung" des verfassungswidrigen Berufsverbots-Beschlusses bedeutet verschärfte Disziplinierung.

Eine Präzisierung im Sinne von "besserer Handhabung" und "Beseitigung der Rechtsunsicherheit" soll -so z.B. Ministerpräsident Fiolbinger am 2.8.73- einer "Aufweichung" des Beschlusses Einhalt gebieten. "Ergänzungen und Klarstellungen" fordern die Ministerpräsidenten aus Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen.

Der VDS stellt in aller Klarheit fest: der Ministerpräsidenten-Erlaß ist verfassungswidrig. Deshalb kann er auch nicht in "rechtsstaatliche Formen" gebracht werden. Durch eine Präzisierung wird diese Verfassungswidrigkeit nicht aufgehoben, sondern um den Preis weiterer Aushöhlung der Grundrechte verschärft.

Die zum Teil unterschiedlichen Auffassungen sozialdemokratischer Ministerpräsidenten -so kündigte Ministerpräsident Oswald am 30.7. sein Eintreten für die Aufhebung des Beschlusses an- sind ein Zeichen der sich verschärfenden politischen Auseinandersetzungen vor allem innerhalb der Sozialdemokratie. Gerade für die Gegner des Ministerpräsidentenbeschlusses innerhalb der SPD stellt sich vier Monate nach dem Beschluß des Hannoveraner Parteitages die Frage, ob und inwieweit dieser Beschluß zu einer eindeutigen Berufsverbots-Praxis geführt hat, bzw. welche neuen politischen Akzente dieser Beschluß für die Auseinandersetzung realisieren konnte.

Die Praxis zeigt: Seit diesem Parteitags-Beschluß hat es vor allem in den sozialdemokratisch regierten Bundesländern neue Fälle von Berufsverböten gegeben! Es seien nur die Beispiele Volker Gotz (NRW), Ulrich Müller (Niedersachsen) und der Fall Ulrich Adamus (NRW) genannt. Gerade dieser letzte Fall zeigt erneut, daß dieser Beschluß gegen alle Demokraten und Sozialisten gerichtet ist: Ulrich Adamus ist politisch aktiver Jungsozialist im Landkreis Arnsberg und wurde vom Gemeinderat der Ortschaft Oeventrup als Lehrer abgelehnt. NRW-Kultusminister und SPD-Mitglied Girgensohn hat daraufhin die Ernennung von Adamus zum Beamten auf Lebenszeit abgelehnt. Dies zeigt: diejenigen, die in dem Beschluß keine Einschränkung sondern nur ein Apell zur Präzisierung gesehen haben, fühlen sich in ihrer bisherigen Praxis bestätigt. Wer wendet die Aufforderung zur Präzisierung offensiv. Diejenigen, die die Auffassung vertraten, durch den Beschluß des Parteitages sei der Ministerpräsidentenbeschluß vom Tisch, wollten teilweise den politischen Kampf abbrechen. Dies führte mitunter zur Desorientierung vieler Sozialdemokraten und damit zur Schwächung des zunächst gemeinsamen erfolgreichen Kampfes.

Freunde und Genossen,
laßt Euch nicht von den Präzisierungs- und Ablenkungsmanövern der Herrschenden täuschen. Begleitet von dem Geheul der Rechtspresse, ^{den} sich längst auch als liberal geltende Zeitungen angeschlossen haben, versuchen die Rechtskräfte den Ministerpräsidentenbeschluß offensiv zu vertreten und seine Anwendung zu propagieren.

So agitierte die Stuttgarter CDU-Landesregierung mit Zeitungsinserten für den Ministerpräsidenten-Beschluß. So werden Umfragen durchgeführt, die durch suggestiv-Fragen ein von vornherein feststehendes Ergebnis bestätigen sollen. Die Landesregierung in Baden-Württemberg veranlaßte eine Umfrage, wo unter anderen folgendes gefragt wurde: "Sollen Radikale (politische Extremisten) die nicht auf dem Boden des Grundgesetzes stehen im Staatsdienst als Lehrer, Richter, Polizeibeamte usw. tätig sein können und halten sie es für richtig, daß sich die Regierung vor der Einstellung von Beamten Gewissheit verschafft, daß diese für die freiheitlich-demokratische Ordnung eintreten?"

Dennoch brachten diese Suggestiv-Fragen in Baden-Württemberg nur eine Bejahung durch 63% der Befragten, während ein großer Personenkreis starke Vorbehalte geltend machte. So entblödete sich ein Bonner Lokalblatt nicht, diejenigen 14%, die bei einer ähnlichen Umfrage sich gegen den Ministerpräsidenten-Beschluß aussprachen, als quasi-Verfassungsfeinde zu bezeichnen. In einem Fernseh-Interview beschwor Innenminister Genscher die politische Entschlossenheit, die zum Ausdruck gebracht werden sollte, "um unseren Staat nicht seinen Gegnern auszuliefern". Im Düsseldorfer Landtag ist die Überprüfung jedes Beamten im Hinblick auf seine Parteienzugehörigkeit von der CDU gefordert und von Innenminister Weyer bereits angekündigt worden.

Aber alle diese Manöver täuschen nicht darüber hinweg, daß es der Reaktion durchaus nicht widerspruchslos gelang, den Ministerpräsidenten-Beschluß zur Disziplinierung von Demokraten und Sozialisten zu nutzen. Der stärker gewordene Widerstand, unterschiedliche Gerichtsurteile und die zunehmende öffentliche Diskussion haben dazu geführt, daß die Ministerpräsidenten am 20.9. auf der nächsten Ministerpräsidenten-Konferenz diesen Beschluß erneut beraten werden.

Unter dem Mantel der Präzisierung und Vereinheitlichung werden starke Kräfte in der CDU/CSU und SPD versuchen, zu einem neuen, sicheren und widerspruchsfreieren Verfahren überzugehen.

Die Verschärfung der ökonomischen und gesellschaftlichen Widersprüche. Polizei rüstet für den Lohnkampf.

Die politische Situation in der BRD ist zum Beginn des Herbst von tiefen Widersprüchen gekennzeichnet. Konnten die Tarifabschlüsse des Frühjahrs im wesentlichen von den Arbeitern nicht akzeptiert, erstmalig einen Abbau des Reallohns um 0,7% infolge der Inflation nicht verhindern und deutend zunehmend spontane Arbeitsniederlegungen auf starke ökonomische Kämpfe im Herbst hin, dem die Unternehmer andererseits nicht bereit, eine Mark kampfflos an Lohnerhöhung zu gewähren.

Der Unterstützung der Bundesregierung gewiß, sollen alle nur denkbaren Macht- und Disziplinierungsmittel eingesetzt werden. So "rüstet" sich z.B. im Zeichen der erwartenden Lohnauseinandersetzungen nach Meldung der "Wirtschaftswoche" (Nr.26) "die NRW-Polizei mit Anschaffung motorisierter Barrikadenräumer und besser schützender Polizeiuniformen auf erwartete Tarifauseinandersetzungen im Herbst". Ein besonderes Kennzeichen der bisherigen Lohnauseinandersetzungen in diesem Jahr war die Tatsache, daß die Welle spontaner Streiks teilweise mehr Belegschaften und in diesen auch mehr Kollegen als in vorhergegangenen Kämpfen erfaßte. Das Kampferfahrung kampfbereit macht und zu bewußtseinsändernden Entwicklungsprozessen führt, bewiesen die Aktionen vor allem in den Betrieben, die, wie Hoesch und Mannesmann, wo z.B. bis 90% der Kollegen den Tarifabschluß im Frühjahr ablehnten, die Kampfbereitschaft in be-

triebliche Aktionen umgesetzt werden konnte.

Durch die Entlassung von aktiven Gewerkschaftern, bei Jugendvertretern vor allem unter Ausnutzung der unzureichenden Weiterbeschäftigungsregelung im Betriebsverfassungsgesetz, bereiten die Unternehmer sich schon frühzeitig auf den heißen Herbst vor. Durch gezieltes Vorgehen gegen die politisch-aktivsten Kollegen sollen diese isoliert und die Belegschaften eingeschüchtert zum akzeptieren des Lohndiktats gezwungen werden. Doch vielfach hatten diese Maßnahmen breite Solidaritätsbewegungen zur Folge, die wie im März bei Hoesch die Wiedereinstellung erzwangen. Wenn mit der Disziplinierung politisch aktiver Kollegen konsequente Interessenvertretung verhindert und der "Betriebsfrieden", d.h. die ungestörte Profitmaximierung gesichert werden soll, dann muß in den Kämpfen die Notwendigkeit der Durchsetzung umfassender betrieblicher und gesellschaftlicher Mitbestimmung deutlich gemacht werden. Denn die Einbeziehung breiter Teile der arbeitenden Bevölkerung in den Kampf um den Erhalt, die Erweiterung und Vertiefung demokratischer Rechte ist eine wichtige Voraussetzung, die Veränderung des politischen Kräfteverhältnisses zugunsten der arbeitenden Bevölkerung durchzusetzen. Wenn größer werdende Teile der arbeitenden Bevölkerung sich für die Einstellung der vom Berufsverbot verfolgten demokratischen und sozialistischen Lehrer einsetzen, Mitbestimmung über Form und Inhalt von Wissenschaft und Ausbildung fordern, dann zeigt das, daß diese nicht länger bereit sind, hinzunehmen, daß Wissenschaft und Ausbildung ihrem Einfluß entzogen werden sollen. Diese Stärke der demokratischen Bewegung gegen die Aufweichung den Abbau demokratischer Rechte haben die Herrschenden in den Aktionen der letzten Monate zu spüren bekommen. Die verstärkte Diskussion um den Ministerpräsidentenbeschluß in der Öffentlichkeit und die zunehmende Unsicherheit in breiten Teilen der SPD und FDP sind dafür ein deutliches Zeichen.

In dem Beschluß zur 25. o.MV (Nr. 802) heißt es u.a.

"ein wesentliches Merkmal der sich entwickelnden demokratischen und sozialistischen Bewegung in der BRD ist, daß sie -zum ersten Mal in der deutschen Geschichte- auch relevante Teile der jungen Intelligenz erfaßt, die sich insbesondere als Studenten an demokratischen Aktionen beteiligen und demokratische Forderungen formulieren. Diese Studenten werden nach Abschluß ihres Studiums vor einem nicht geringen Teil im öffentlichen Dienst arbeiten.

Gegenüber dieser schnell zunehmenden Zahl von Demokraten und Sozialisten versagten die lautlosen Instrumente der Selektion und Disziplinierung, wie sie sich in der Phase des kalten Krieges, insbesondere seit dem Adenauer-Erlaß 1950 entwickelt hatten und die Herrschenden waren gezwungen mit den Ministerpräsidenten-Beschlüssen vom Januar 1972 zum offenen Berufsverbot überzugehen. Insofern sind die Ministerpräsidenten-Beschlüsse kein Indiz der Schwäche der demokratischen Bewegung, sondern im Gegenteil für ihre zunehmende Stärke."

In der jüngsten Zeit sind Gerichtsurteile zu teilweise verschiedenen Auffassungen gelangt. Wobei partiell in unmißverständlicher Weise die Praxis des Ministerpräsidentenbeschlusses implizit als rechtswidrig bezeichnet wurde. In einer Reihe positiver Entscheidungen stand das Parteien-Privileg des Art. 21 GG im Mittelpunkt der Argumentation der Gerichte. Dies zeigt die Notwendigkeit, in den zukünftigen Auseinandersetzungen verstärkt den verfassungsfreundlichen Charakter des Ministerpräsidenten-Beschlusses aufzuzeigen.

Diese umstrittene Auffassung hat deutliche die beschränkten Möglichkeiten des Ministerpräsidenten-Beschlusses gezeigt. Damit ist der Ministerpräsidenten-Beschluß jedoch nur noch bedingt als Grundlage für eine konsequente Berufsverbotspraxis gegen Demokraten und Sozialisten im öffentlichen Dienst verwendbar. Grund genug für CDU/CSU und rechte SPD, nach neuen zuverlässigeren Wegen zu suchen.

Daß es in den Auseinandersetzungen der letzten Monate nicht gelang, den Ministerpräsidenten-Beschluß zum wirksamen Instrument der Disziplinierung zu machen, ist letztlich ein Erfolg des Widerstands der demokratischen Kräfte.

Versuche der weiteren Verschärfung des Berufsverbotes

Zur Zeit zeichnen sich ~~etwa~~ mögliche Tendenzen für eine Verschärfung ab:

1. Der Versuch der Herbeiführung einer höchstrichterlichen Entscheidung.

Ein ansich, "sauberes", sicherlich aufgrund des Artikels 21 GG auch durchaus ambivalente Lösung. Die jüngsten Bundesverfassungsgerichts-Urteile zur Mitbestimmung und zum Grundvertrag scheinen ein durchaus sicherer Garant für eine korrekte Rechtsfindung des Benda-Gerichtes im Sinne der Reaktion zu sein. Zudem könnte exemplarisch (wie seinerzeit das SRP-Verbotsurteil als Vorläufer des KPD-Verbots) zunächst eines der wenigen Berufsverbote gegen NPD-Mitglieder bestätigt werden, ohne mit großen Solidaritätsbewegungen und Widerstand in der Bevölkerung rechnen zu müssen. Ein derartiges Urteil auf ein DKP-Urteil anzuwenden, ist dann für ein bürgerliches Gericht entsprechend der "Totalitarismusideologie" eine Frage des Analogieschlusses.

2. Eine Änderung des Gesetzes durch das Bundesverfassungsgericht mit dem Ziel herbeizuführen, die Möglichkeit einer "gutachterlichen Stellungnahme" über die Verfassungskonformität eines "Radikalen" für das Bundesverfassungsgericht zu schaffen, wäre eine erhebliche Verschärfung der gegenwärtigen Praxis (ein derartiges Verfahren wird zur Zeit von der Landesregierung NRW erwogen) vgl. Kabinettsbeschuß vom 30.7.). Ein derartiges Verfahren würde zunächst die Möglichkeit jeglicher juristischer Nachprüfbarkeit ausschließen und über die zielsichere beliebig handhabbarere exemplarische Disziplinierung eines einzelnen größere Einschüchterungswirkungen zur Folge haben. Ein derartiges Verfahren käme in der Tendenz einer Aberkennung der Grundrechte gleich.

3. Die Einschränkung des Parteienprivilegs des Art. 21 GG, so teilweise in der Rechtspresse gefordert, wäre die ohne Zweifel offen reaktionärste Maßnahme zur Verschärfung der Berufsverbotspraxis, scheint von daher allerdings auch am schwersten politisch durchsetzbar zu sein und würde breiten Teilen der Bevölkerung den Charakter dieser Maßnahme verdeutlichen. Insgesamt soll bei diesen Varianten unter der Fahne der "Präzisierung und Vereinheitlichung" generell die Verschärfung betrieben werden.

7

In der Rechtspresse wird verstärkt die Auflösung der DKP als Nachfolgeorganisation der KPD gefordert. Dazu wird die Argumentation des Bundesverfassungsgerichts im KPD-Verbotsurteil zur "grundsätzlichen Verfassungswidrigkeit" des Marxismus/Leninismus herangezogen. Da sich die DKP auch zu diesen Prinzipien kenne, sei sie damit eine politische Nachfolgeorganisation der KPD und als solche durch Regierungsanspruch auflösbar.

Die Bundesregierung wie auch CDU/CSU üben mit dem Hinweis "sich mit den Radikalen politisch auseinanderzusetzen" noch Zurückhaltung. Das kann aber nicht darüber hinweg täuschen, daß versucht wird, mit dem Instrument des Parteienverbots die DKP zu isolieren und ihre politischen Artikulationsmöglichkeiten zu beschneiden. Offensichtlich herrscht noch Unklarheit, ob nun zum offenen Verbot der DKP oder anderer Organisationen gegriffen werden soll oder ob mit Hilfe des Berufsverbotes Demokraten und Sozialisten in eine "graue Zone" halber Legalität gedrängt werden sollen. Gerade diese Argumentationen zeigen, daß das KPD-Verbotsurteil nach wie vor die Grundlage reaktionärer Maßnahmen sein kann und der Kampf für seine Aufhebung auch in der gegenwärtigen Etappe des demokratischen Kampfes von wesentlicher Bedeutung ist.

Die demokratische Bewegung wird stärker

In verstärktem Maße ist in den letzten Wochen die ersatzlose Aufhebung des Ministerpräsidentenbeschlusses gefordert worden. Die Tatsache, daß auch sozialdemokratische Ministerpräsidenten aus Hessen und Bremen einer derartigen Lösung zuneigen, ist vielleicht das Ergebnis politischer Überzeugungsarbeit, mehr aber noch ein Zeichen dafür, daß zunehmend größere Teile innerhalb der Sozialdemokratie nicht bereit sind, auch aufgrund der Erwartungen nach dem Parteitagsbeschluss, eine weitere Verschärfung zu akzeptieren. Gerade diese Auseinandersetzungen innerhalb der SPD werden für die kommenden Kämpfe gegen das Berufsverbot relevant sein.

Bereits heute ist aufgrund der Kampferfahrungen der letzten Monate klar, daß das weitere Schicksal der Berufsverbote nicht unmaßgeblich durch die Stärke der demokratischen Bewegung entschieden wird. Daß es gelang, Gegner der Berufsverbote aus der SPD, FDP, DKP, aus Hochschule und Betrieb, aus Schulen und Kirchen neben anderen demokratischen Organisationen in der Initiative "Freiheit im Beruf - Demokratie im Betrieb" zusammenzufassen, zeigt die gewachsene Stärke und Breite der demokratischen Bewegung gegen die Berufsverbote.

Der 20.9. muß zum neuen Höhepunkt des Kampfes gegen die Berufsverbote werden. Wenn an der Breite der Bewegung, wie sie in der Hamburger Konferenz und der Arbeit der Initiative sichtbar wurde, angeknüpft werden kann, und es gelingt, vor allem noch mehr Unterstützung aus breiten Teilen der Bevölkerung zu gewinnen, ist sicher, daß die Zukunft der Berufsverbote nicht allein am runden Tisch der Ministerpräsidenten, sondern im demokratischen Massenkampf an den Hochschulen und in Betrieben entschieden werden wird.

VORWÄRTS ZUM 19.9.1973

UNTERSTÜTZT DIE AKTIONEN DER INITIATIVE "FREIHEIT IM BERUF - DEMOKRATIE IM BETRIEB"

Der Arbeitsausschuß der Initiative "Freiheit im Beruf - Demokratie im Betrieb" hat auf seiner letzten Sitzung am 21.8.1973 umfangreiche Aktivitäten anlässlich der erneuten Beratung des Ministerpräsidenten-Beschlusses auf der Ministerpräsidenten-Konferenz am 20.9.1973 beschlossen.

Der VDS ruft auf:

Beteiligt Euch an den Aktionen der Initiative

Unterstützt die Arbeit der örtlichen Bürgerinitiativen und Berufsverbotskomitees

Aktionen anlässlich der Tagung der Ministerpräsidenten (Vorschlag des Arbeitsausschusses der Initiative)

Das Ziel von Aktionen anlässlich des 20.9. muß es vor allem sein, die Diskussion der Berufsverbote noch sehr viel stärker in der Bevölkerung zu verankern. Das bedeutet insbesondere, daß das Schwergewicht der Aktionen bei den örtlichen Initiativen und Berufsverbotskomitee liegen wird, daß dezentrale Aktivitäten und Informationsveranstaltungen im Vordergrund stehen werden. Dadurch, daß die örtlichen Initiativen und Berufsverbots-Komitees die Träger der Aktivitäten sein sollen, soll die Breite und Einheitlichkeit der Bewegung in der Öffentlichkeit deutlich gemacht werden und die Initiative "Freiheit im Beruf - Demokratie im Betrieb" zum Hauptträger werden.

Der Arbeitsausschuß der Initiative schlägt vor, am 19.9. Aktionen in den Landeshauptstädten und anderen Großstädten durchzuführen. Unter der einheitlichen Losung: "Freiheit im Beruf - Demokratie im Betrieb" sollen Demonstrationen veranstaltet, Informationsveranstaltungen durchgeführt und Straßenagitation betrieben werden. Diese Aktivitäten am Vorabend der Tagung der Ministerpräsidenten sollen Höhepunkt und Abschluß einer Informationswoche sein, die sich vor allem am Wochenende des 15./16.9.1973 in breiter Weise an die Öffentlichkeit wenden soll.

Zur Vorbereitung dieser Aktivitäten findet am 8.9. von 11.00 - 17.00 Uhr in Bonn eine 2. Aktionskonferenz der örtlichen Initiativen und diversen Organisationen in Bonn statt. Ziel dieser Tagung soll es vor allem sein, nach der politischen Diskussion des gegenwärtigen Standes des Kampfes gegen die Berufsverbote die Kampagne zum 20.9. zu koordinieren.

Ausführliche Presse- und Informationsarbeit soll die Aktivitäten unterstützen. Darüberhinaus plant der Arbeitsausschuß noch eine Reihe anderer Initiativen wie einen gemeinsamen Aufruf von SPD- und FDP-Bundestages- und Landtagsabgeordneten, die für Aufhebung des Beschlusses sind und Offene Briefe an den Bundeskanzler und anderes.

Weiterhin wird die Initiative ein zentrales Informationsmaterial (Zeitungsflugblatt) zur Verfügung stellen.

DER VDS RUFT ALLE ASTEN UND FACHSCHAFTEN AUF, DIE AKTIVITÄTEN DER ÖRTLICHEN BERUFSVERBOTSKOMITEES UND BÜRGERINITIATIVEN ZU UNTERSTÜTZEN UND DIE HOCHSCHULANGEHÖRIGEN ZUR TEILNAHME UND MITARBEIT IN DIESEN AUFZUFORDERN !

Sprecht so gut wie möglich die in den Ferien anwesenden Studenten an! Verteilt und propagiert die Materialien und Aufrufe der Initiative! Versucht fortschrittliche Hochschulangehörige zur Unterstützung zu gewinnen!

Nehmt Kontakt mit aktiven Gewerkschaftern am Ort auf!

Organisiert Info-Stände, örtliche Pressekonferenzen und Informationsveranstaltungen!

Unterstützt die Gründung neuer Bürgerinitiativen und Berufsverbotskomitees!

Liebe Freunde und Genossen,
diesem Rundbrief sind einige wichtige Materialien beigelegt. Studiert diese Materialien sorgfältig und macht sie Eurer örtlichen Arbeit nutzbar.

In der Anlage findet Ihr:

- 1 Zeitungsflugblatt der Initiative "Freiheit im Beruf - Demokratie im Betrieb" zu den Ergebnissen der Hamburger Konferenz am 12.5.73
- Aufruf der Bürgerinitiative gegen Berufsverbote - Solidarität mit Volker Götz
- Eine Dokumentation des Justizministers von NRW zum Fall Götz mit einer Zusammenstellung wichtiger Gerichtsurteile, vor allem zur Frage der Verfassungswidrigkeit der Ministerpräsidentenbeschlüsse.
- Abschrift einer Pressemitteilung einiger Bundes- und Landtagsabgeordneter zur Anstellung von Volker Götz
- Abschrift einer Pressemitteilung demokratischer Organisationen zum Berufsverbot von Volker Götz
- weitere Informationen und Aktionsvorschläge werden folgen.

Liebe Freunde und Genossen,

die Aktionen anlässlich der Beratung der Ministerpräsidenten müssen der breiten Öffentlichkeit deutlich machen, daß die wachsame demokratische Bewegung nicht bereit ist, ohne massenhaften Protest eine Verschärfung der Ministerpräsidenten zu akzeptieren.

Gerade in dem augenblicklichen Stand der Bewegung kommt es sehr darauf an, durch massenhaftes Eintreten für die Forderung nach ersatzloser Streichung der Ministerpräsidentenbeschlüsse, den gemeinsamen Willen zum Ausdruck zu bringen, dem Abbau demokratischer Rechte nicht tatenlos zuzusehen.

Der Vorstand des VDS

Gerhard Kiehm
Reinhard Pfeifer
Ottmar Schreiner
Harald Stappmanns
Peter Wahl